Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 36. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 31.03.2025

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

9. Aussetzen der Dynamisierung von freiwilligen und steuerbaren Leistungen - Antrag der FDP-Fraktion vom 11.02.2025 - DS-Nr.: 6379 -

Die FDP-Fraktion führte aus, dass sie den Antrag bewusst nicht zu den Haushaltplanberatungen 2025 eingebracht habe, weil sie den betroffenen Vereinen und Gruppen eine gewisse Vorbereitungszeit einräumen sowie Planungssicherheit geben wolle. An die Dynamisierungen bei den freiwilligen Leistungen heranzugehen, sei ein vergleichsweise kleiner Hebel zur Konsolidierung des Kreishaushaltes. In diesen finanziell angespannten Zeiten müsse man aber schauen, an welchen Stellen man den „Gürtel enger schnallen“ könne. Sie schlage daher vor, die Dynamisierungen für das Haushaltsjahr 2026 auszusetzen und für die darauffolgenden Jahre eine pauschale Dynamisierung festzulegen, die einen entlastenden Effekt auf den Haushalt habe. Für die betroffenen Vereine und Gruppen sei dies eine zumutbare Belastung.

Die GRÜNE-Fraktion äußerte, dass der Antrag etwas zu kurz greife, denn es gebe nun mal Tarif- und Sachkostensteigerungen. Eine derartige Beschlussfassung führe dazu, dass die Leistungen der Träger unterfinanziert würden und auf Dauer nicht mehr gewährleistet werden könnten. Sofern man bei den freiwilligen Leistungen zu einer Reduktion kommen wolle, müsse man sich konkret die Leistungen anschauen und unter Umständen Leistungen bestimmen, die in Zukunft nicht mehr erbracht werden sollen. Sie werde daher den Antrag ablehnen.

Die AfD-Fraktion erklärte, dass sie den Antrag unterstütze, auch wenn sich dadurch keine signifikant hohen Einsparungen erzielen ließen.

Die SPD-Fraktion teilte die Auffassung der GRÜNE-Fraktion und stellte heraus, dass man wenig Mittel gewinnen, aber viel Schaden anrichten könne. Sofern man Leistungen abbauen wolle, müsse man diese konkret benennen. Die Zuschussempfänger könnten ohne Dynamisierung ihre Leistungen, deren Erbringung auch vom Kreis gewünscht werde, nicht mehr in der bisherigen Form fortführen.

Die CDU-Fraktion brachte ein, dass es Gründe für die Dynamisierungen gebe. Zum einen wolle man den Trägern eine verlässliche Perspektive aufzeigen und zum anderen nicht jedes Jahr erneut im Einzelnen über jede Zuschusserhöhung beraten. Sie sehe auch die Notwendigkeit zu sparen, lehne aber die generelle Herausnahme der Dynamisierung ab. Für den nächsten Haushalt sei zu überdenken, inwieweit man konkrete Kürzungen vornehme.

Die UWG-Fraktion äußerte, dass der Antrag der FDP-Fraktion ungefähr auf dem fuße, was sie in ihrer Haushaltsrede vorgetragen habe. Sie halte den Weg für gangbarer als das komplette Streichen eines Leistungsangebotes. Den Vereinen und Institutionen sollte frühzeitig mitgeteilt werden, dass man deren

Arbeit wertschätze und sie auch weiterhin unterstütze, aber Lohn- und Sachkostensteigerungen nicht automatisch vom Steuerzahler übernommen würden. Diese müssten selbst tätig werden und schauen, wie man noch Gelder generieren könne. So müssten Unternehmen in der freien Wirtschaft auch schauen, wie sie Kostensteigerungen abdeckten. Zwar hätten diese es etwas einfacher, weil sie die Kostensteigerungen möglicherweise an den Kunden weitergeben könnten, dies sei aber auch nicht in allen Bereichen der Fall. Sie unterstütze den Antrag der FDP-Fraktion und werde selbst noch entsprechende Anträge stellen.

Die FDP-Fraktion entgegnete auf die Äußerung der GRÜNE-Fraktion, dass ihr Antrag zu einer Aufgabenkritik führe, da sich die Vereine und Gruppen damit befassen müssten, wie sie fehlende Gelder kompensieren könnten. Sie gehe davon aus, dass die Verwaltung ihrer Bitte nach einer Aufstellung über die Zeitpunkte des Auslaufens der vertraglichen Vereinbarungen zu den freiwilligen und steuerbaren Leistungen auch dann nachkomme, wenn ihr Antrag keine Mehrheit finde.

Die Verwaltung teilte mit, dass sie die Liste der freiwilligen und steuerbaren Leistungen noch um Informationen zu den Dynamisierungen sowie deren Grundlagen und Vertragslaufzeiten ergänzen werde.

Die SPD-Fraktion gab zu bedenken, dass die Zuschussnehmer nicht gewinnorientiert arbeiteten. Die Institutionen müssten Leistungen einstellen, an deren Erbringung in der Regel auch der Kreis interessiert sei.

Sodann ließ der Landrat über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (3 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen)